

Wien, am 13. Dezember 2006

Die unterzeichnenden NGOs Österreichs fordern:

Hände weg vom Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit!

In einer funktionierenden Demokratie muss auch für die Zivilgesellschaft und für NGOs eine Möglichkeit gegeben sein, an wirtschaftlichen oder politischen Entscheidungen Kritik zu üben. Eine unabdingbare Art und Weise diese Kritik zu äußern ist durch Demonstrationen und Kundgebungen. Diese Demonstrationen und Kundgebungen müssen daher im Rahmen der Demokratie möglich sein, solange sie friedlich und gewaltfrei ablaufen.

Ein grundsätzliches, zeitlich unbegrenztes Demonstrationsverbot vor einer Firma, wie es jetzt von der Bundespolizeidirektion Wien gegen Kundgebungen bei der Firma Kleider Bauer ausgesprochen wurde, ist mit dieser verfassungsmäßig geschützten Demonstrationsfreiheit völlig unvereinbar.

Wir fordern daher die zuständigen Behörden auf, Kundgebungen vor allen Firmen, so auch vor Kleider Bauer, zuzulassen und etwaige Untersagungen zurück zu ziehen.